

Einwohnerrat

Sitzungsprotokoll vom 1. Dezember 2022

Vorsitz:	Remo Keller, Einwohnerratspräsident
Anwesend:	35 Mitglieder des Einwohnerrats 5 Mitglieder des Stadtrats
Entschuldigt:	Christina Bachmann Ivanka Basic Adrian Höhn François Kuhlen Christoph Nyfeler
Protokollführung:	Beatrice Räber, Vizestadtschreiberin
Zeit:	19:30 Uhr bis 22.00 Uhr
Ort:	Aula Lenzhard

Traktanden

1. Mitteilungen
2. Inpflichtnahme Cécile Kohler (die Mitte)
3. Ersatzwahl eines Mitglieds des Wahlbüros für die Ausmittlung der Resultate von Wahlen und Abstimmungen für den Rest der Amtsperiode 2022/25 anstelle des zurückgetretenen Kurt Urech (die Mitte)
4. Rathausgasse 16, Rathaus, Fassaden- und Dachsanierung; Verpflichtungskredit
5. Verlegung Fussgängersteg Wil, Kreditabrechnung
6. Motion FDP, CVP (die Mitte), EVP und BDP; Einführung einer Tagesschule aufs Schuljahr 2025/26, Zwischenbericht des Stadtrats
7. Postulat SP ein Kronenplatz für alle; Überweisung
8. Postulat SVP; Stopp dem Abbau des Service public; für die Weiterführung des physischen Aushangs für Todesanzeigen; Überweisung
9. Anfrage SP; Räume für Kulturelles und Gesellschaftliches in Lenzburg; Beantwortung
10. Umfrage

Verhandlungen:

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, geschätzte Stadträtinnen und Stadträte, liebe Gäste. Herzlich Willkommen zur letzten Sitzung des Jahres 2022. Für mich geschieht heute etwas fast schon Historisches. Die Sanierung unseres schönen, ehrwürdigen Rathauses ist traktandiert. Wohlmöglich fragt ihr euch, weshalb dies ein historisches Ereignis sein soll. Der Stadtrat erklärt in der Vorlage, dass dieses Geschäft gestützt auf eine Grobkostenschätzung ohne Offertenbasis seit 2010 im Investitionsplan eingestellt ist, und zwar mit einem Betrag von CHF 900'000.00. Der Stadtrat hat dieses Geschäft wahrscheinlich schon so oft verschoben, dass er gar nicht mehr weiss, seit wann es im Finanzplan ist. Die Sanierung des Rathauses war bereits im Jahre 2007, als ich dem Einwohnerrat beigetreten bin, ein Thema. Im Finanzplan 2007 sind dafür CHF 620'000.00 Franken einberechnet gewesen. Im Folgejahr ist dieser Betrag auf CHF 450'000.00 reduziert und 2009 auf CHF 900'000.00 erhöht worden. Bei letzterer ist die Ursache jedoch eine Veränderung in der Darstellung. Damals wurde der Beitrag der Dietschi-Stiftung separat ausgewiesen. Somit bleibt der Betrag im Endeffekt gleich. Dieses Geschäft hat somit viele von uns lange begleitet und heute dürfen wir endlich darüber befinden.

Zur Sitzung heisse ich die anwesenden Vertreterinnen und Vertreter der Presse herzlich willkommen. Für den Lenzburger Bezirksanzeiger schreibt wieder Fritz Thut, für die Aargauer Zeitung Eva Wanner. Beatrice Räber waltet heute als Aktuarin. Sascha Amweg hat uns als Ratsweibel durch die Vorbereitung des Sitzungssaals unterstützt und wird dies auch weiterhin tun.

Die Traktandenliste und die weiteren Unterlagen sind euch rechtzeitig zugestellt worden. Ich stelle fest, dass der Rat beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet.

1 Mitteilungen

1. Protokolle

Das Protokoll der Sitzung vom 27. Oktober 2022 ist verschickt worden. Hierzu eine kleine Anmerkung: Unser Stadtschreiber, Christoph Hofstetter, hat festgestellt, dass etwas im Zusammenhang mit dem Beitritt zur Energiesparallianz in Vergessenheit geraten ist. Wir haben nicht offiziell vor dem Mikrophon protokolliert, dass diese dringliche Motion zurückgezogen wurde nach dem Votum des Stadtrats, dass dieser die Anmeldung bereits erfüllt hatte.

Mein Eindruck im Rat war jedoch, dass dies faktisch erledigt wurde. Insofern möchte ich hier noch offiziell zwecks Protokollierung erwähnen, dass für diese Motion ein Rückzug gilt, ausser es würde jemand widersprechen.

2. Rechtskraft von Beschlüssen

Die Beschlüsse der Einwohnerratssitzung vom 27. Oktober 2022, die dem Referendum unterliegen, werden voraussichtlich am 5. Dezember 2022 in Rechtskraft erwachsen. Über das Budget 2023, welches der Volksabstimmung unterliegt, konnte letzten Sonntag befunden werden. Dieses wurde genehmigt bei einem guten Resultat, aber bei einer sehr tiefen Stimmbeteiligung.

3. Rücktritte

Filomena Hostettler hat per Ende November 2022 ihren sofortigen Rücktritt aus dem Einwohnerrat erklärt. Sie wird durch Cécile Kohler ersetzt, welche wir heute bereits vereidigen dürfen. Insofern kommt es zu einer Änderung der Traktandenliste aus kurzfristigen Gründen. Ich danke Filomena Hostettler für ihre kurze Wirkungszeit im Lenzburger Rat und für den hier geleisteten Einsatz. Ich wünsche ihr weiterhin alles Gute.

4. Neueingänge

Wir haben ein Postulat der SP betreffend Änderung der Gemeindeordnung "Umbenennung von Gemeindeammann in "Stadtpräsident" und "Stadtpräsidentin". Die Unterlagen werden euch baldmöglichst verteilt.

5. Entschuldigungen

Für die heutige Sitzung entschuldigt haben sich Christina Bachmann-Roth, Ivanka Basic, Adrian Höhn, Francis Kühlen und Christoph Nyfeler.

2 Inpflichtnahme Cécile Kohler (Die Mitte)

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Ich bitte Cécile Kohler, vor den Rat zu treten. Beatrice Räber wird die Eidesformel vorlesen und anschliessend darf Cécile Kohler diese mit den Worten "ich gelobe es" bestätigen. Die beiden Räte bitte ich, für dieses Prozedere aufzustehen.

Beatrice Räber: Ich gelobe, als Mitglied des Einwohnerrats das Wohl der Gemeinde Lenzburg zu fördern und gemäss der Verfassung und den Gesetzen nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln.

Cécile Kohler (Die Mitte): Ich gelobe es.

3 Ersatzwahl eines Mitglieds des Wahlbüros für die Ausmittlung der Resultate von Wahlen und Abstimmungen für den Rest der Amtsperiode 2022/25 anstelle des zurückgetretenen Kurt Urech (Die Mitte)

Einwohnerratspräsident Remo Keller: Alle konnten Wahlvorschläge einreichen. Bis jetzt ist ein Vorschlag der Mitte-Partei eingegangen. Es handelt sich um Ndiaye Amadou, geboren am 21. Oktober 2002, wohnhaft am Bannhaldenweg 25, 5600 Lenzburg. Weitere Wahlvorschläge sind bis jetzt nicht eingegangen. Es besteht jetzt noch die Möglichkeit, weitere Personen zu nennen.

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung

Als Mitglied des Wahlbüros für den Rest der Amtsdauer 2022/2025 wird bei 34 eingereichten Stimmzetteln und 34 gültigen Stimmzetteln (Daniel Blaser befindet sich für dieses Geschäft im Ausstand), mit 32 Stimmen gewählt:

- Ndiaye Amadou

4 Rathausgasse 16, Rathaus, Fassaden- und Dachsanierung; Verpflichtungskredit

Daniel Blaser (GPFK): Seit vielen Jahren ist bekannt, dass der Zustand des Rathauses, besonders des Dachs, schlecht ist. Die Fassade zeigt deutliche Witterungsspuren und Alterserscheinungen. Es existieren Schäden an Balkenverbindungen, diverse Ziegel sind nicht mehr intakt und die gesamte Technik der Rathausmauer ist in die Jahre gekommen. 2010 entschied der Stadtrat gestützt auf eine Grobschätzung, CHF 900'000.00 in den Investitionsplan aufzunehmen. Im Zuge der Grobschätzung wurde abgeklärt, wer sich in welchem Ausmass an diesen Ausgaben beteiligen würde. Jedes Jahr erkundigte sich der Stadtrat bei den verantwortlichen Stellen über die Dringlichkeit der Sanierung und das Projekt wurde jeweils um ein Jahr verschoben. Nach zwölf Jahren und diversen Wasserschäden mit notdürftigen, umständlichen Dachreparaturen ist die Dringlichkeit als hoch zu werten. Die Abteilung Immobilien inspizierte das Dach kürzlich und stellte einen erneuten Wasserschaden fest, da die Ziegel defekt sind. Weshalb auch die Fassade dringend saniert werden muss, konnten wir der Vorlage nicht entnehmen. Wäre besser erklärt worden, weshalb alles gleichzeitig erledigt werden soll, hätten wahrscheinlich auch weniger Diskussionen in der GPFK und in den Fraktionen stattgefunden. Für die Dachsanierung ist ein Gerüst notwendig, was zu Behinderungen in der Rathausgasse führt. Wenn alle Sanierungsarbeiten im selben Zug erledigt werden, muss die Rathausgasse nur einmal behindert werden. Im Zusammenhang mit den zu erwartenden Beiträgen an dieses Sanierungsprojekt ist die Rede von bis zu 50 % von der Dietschi-Stiftung für beitragsberechtigte Arbeiten und 10 % von der Denkmalpflege für die Fassadenkosten. Wir wissen anhand der Vorlage jedoch nicht, welches diese Arbeiten genau sind und wie hoch die Beiträge im Endeffekt ausfallen werden. Wenn der Einwohnerrat die Kostenbeteiligungen nicht selbst ungefähr nachrechnen kann, sollte zumindest der erwartete Betrag aufgeführt werden. So wären alle informiert darüber, wie viel dieses Projekt die Stadt im besten oder im schlechtesten Fall kosten wird. In der GPFK wurden diverse Fragen aufgeworfen, beispielsweise ob die Fenster wirklich komplett ersetzt werden müssen oder ob die bestehenden auf einen aktuellen Stand modernisiert werden könnten. Da der Preisunterschied klein ist und neue Fenster weniger luftdurchlässig sind sowie einen besseren Dämmwert aufweisen, empfiehlt die Abteilung Immobilien, die Fenster ganz zu ersetzen. Bis auf einzelne, historische Fenster, welche nach Rücksprache mit der Denkmalpflege erneuert und nicht ersetzt werden. Wir möchten ausserdem darauf hinweisen, dass es im Rathaus Bewohner in der vierten Etage und im Turm gibt, nämlich Mauersegler mit ihren Nistplätzen und Fledermäuse. Diese müssen im Projekt berücksichtigt werden. Für Ersatznistplätze wie auch Abklärungen, wann der beste Zeitpunkt für den Eingriff ist, gibt es spezialisierte Vereine, die sich bestens auskennen, und finanzielle Unterstützung des Kantons. Die GPFK empfiehlt dem Einwohnerrat einstimmig, diesem Verpflichtungskredit zuzustimmen.

Die Mitte Fraktion ist beim Thema "geprüfte Varianten" auf Seite 7 ins Stocken gekommen. Das Gebäude gehört den Ortsbürgern, die Stadt kann dieses kostenlos nutzen, muss aber für den Unterhalt und die Sanierung aufkommen. Das tönt eigentlich vernünftig und nach einer Win-Win-Situation. Wir möchten an dieser Stelle jedoch klar festhalten, dass ein Liftbau nichts mit Unterhalt zu tun hat. Dies ist eine wertvermehrende Investition in das Gebäude der Ortsbürger. Wenn die Stadt die obere Etage jetzt ausbaut, einen Lift einbaut und die Verwaltung in ein paar Jahren den Standort wechselt, dann kann dieses Gebäude viel besser und teurer vermietet werden, als es im jetzigen Zustand der Fall wäre. Hier stellen wir uns die Frage, wer die Mietzinsen einnimmt, wer von diesen Investitionen profitiert und wer sich am Aufwand an solch wertsteigenden Veränderungen beteiligt. Ich denke bevor die nächste Studie für tausende Franken in Auftrag gegeben wird, sollten einige wichtige Punkte mit der Ortsbürgergemeinde in diesem Bereich geklärt werden, unter anderem auch eine Beteiligung an den Kosten für eine Studie, welche für die Ermittlung dieser Variante erstellt worden ist. Die Mitte Fraktion stimmt dem Verpflichtungskredit einstimmig zu und freut sich, dass die Sanierung des Dachs endlich durchgeführt wird.

Martin Killias (SP): Die SP-Fraktion hat dieses Geschäft eingehend besprochen und wird diesem Begehren zustimmen. Grundsätzlich ist es ein gutes Projekt. Ich erlaube mir hierzu folgende nähere Ausführungen: In einem katastrophalen Zustand ist der Dachstock nicht. Die Reparaturen könnten womöglich auf das nächste Jahr verschoben werden. Ich finde es jedoch auch wichtig, dass die laufend entstehenden Schäden behoben werden, da sich dies auf alle Etagen des Gebäudes auswirkt. Betreffend Fassade verhält sich die Situation ähnlich. Des Weiteren ist die Investition, welche wir hier tätigen, gewissermassen auch ein Commitment gegenüber dem Rathaus. Das Rathaus ist ein bedeutendes sowie beachtliches Gebäude und dementsprechend sollten wir es behandeln. Essentiell finde ich zudem, dass Denkmalschutz nicht nur bedeutet, die Mauern und Balken zu erhalten. Denkmalschutz bedeutet auch, dass die Funktion des Gebäudes erhalten bleibt und – falls dies nicht mehr möglich ist – dass eine passende, neue Funktion gefunden wird. Im Bereich des Denkmalschutzes ist dies heutzutage eine grosse Herausforderung, welches man unschwer an den vielen ungenutzten Kirchen schweizweit erkennen kann. Wir wären froh, müssten wir für das Rathaus nicht auch eine neue, passende Funktion suchen. Ich möchte einige positive Aspekte dieses Projekts besonders hervorheben. Ein Aspekt ist, dass auf Perfektionismus verzichtet wird. Darunter läuft beispielsweise der Verzicht auf den Dachausbau. Kaltdächer sind mittlerweile eine Rarität, besonders in Lenzburg. Im Dach des Rathauses nisten unter anderem Mauersegler und Fledermäuse. Es ist wichtig, dass diese Nistplätze erhalten bleiben, da im Gegensatz zu früher nicht mehr viele Möglichkeiten für Nistplätze solcher Kleintiere bestehen. Dafür wird die Wärmeisolation über den Arbeitsplätzen im 3. Obergeschoss erneuert und verbessert. Die Begründung, dass das Dach nicht ausgebaut wird, weil das Kosten-Nutzen-Verhältnis nicht stimmt, stört mich. So frage ich mich natürlich, was wäre, wenn das Verhältnis stimmen würde. Gemäss diesem Argument würde der Ausbau dann stattfinden, was eine denkmalpflegerische Katastrophe ist. Die richtige Begründung wäre,

dass man dies aus Respekt vor dem Haus und dem schönen Dachstock unterlässt. Ein ähnliches Thema ist der Lifteinbau, welcher jetzt aus synergetischen Gründen nicht durchgeführt wird. Die Begründung ist überzeugend. Aus denkmalpflegerischer Sicht müsste man jedoch allgemein hinterfragen, ob dieses Vorhaben richtig wäre, da es einen grossen Eingriff in das Gebäude und dessen Struktur darstellt. Es ist absehbar, dass irgendwann der Innenausbau erneuert werden muss. Die letzte Erneuerung im Jahre 1939 bis 1941 war ebenfalls ein sehr massiver Eingriff. Wenn das Rathaus in Zukunft umgenutzt werden muss, dann ist absehbar, dass der Lift sich am falschen Ort befinden wird. Somit wird das Gebäude zwei Mal beschädigt. Die Hindernisfreiheit ist natürlich ein wichtiges Ziel, das Behindertengleichstellungsgesetz lässt jedoch zu, dass das Rathaus im heutigen Zustand belassen wird. Ein kritischer Punkt in dieser Vorlage sind die Fenster, welche ersetzt werden sollen. Dieses Vorhaben kostet mehr, als der denkmalpflegerisch korrekte Erhalt der aktuellen Fenster und dennoch entscheidet man sich für die teurere Variante. Die Denkmalpflege ist strikt dagegen, dass die Fenster erneuert werden. Auch wurden diese noch nie richtig evaluiert. Es ist weder bekannt, welche Fenster wie alt sind noch welche Möglichkeiten für eine Ertüchtigung bestehen. Wir möchten vom Stadtrat die Zusicherung haben, dass der Ersatz der Fenster gemeinsam mit der Denkmalpflege besprochen wird. Wenn ein Fenster schliesslich ersetzt werden muss, dann soll es in einer korrekten, denkmalpflegerisch akzeptablen Form geschehen.

Andreas Schmid (Stadtrat): Ich kann zusichern, dass wir die Angelegenheit betreffend Fenster mit der Denkmalpflege besprechen und uns für eine Variante entscheiden werden, mit welcher auch die Denkmalpflege zufrieden ist.

Rudolf Baumann (SVP): Die SVP-Fraktion wird diese Vorlage gutheissen. Wir bemängeln jedoch auch einige Punkte. An der Vorlage stört uns, dass nicht ersichtlich ist, wie hoch der Betrag der Dietschi-Stiftung ist. Es wurde jedoch jetzt erklärt, dass zuerst die definitiven Offerten erfolgen müssen. Mit dieser Antwort begnügen wir uns. Bei der Ausstattung ist ein Betrag von CHF 1'000.00 eingesetzt. Wir fragten uns, welche Art von Ausstattung so viel kostet. Auch diese Frage wurde uns beantwortet. Dieser Betrag ist nämlich für die Beflagung des Rathauses. Wäre das von Beginn an genauer erläutert, würden sich all diese Fragen erübrigen. Der Lifteinbau wurde vor zwei Jahren als unmöglich eingestuft. Wurden wir damals angelogen oder weshalb ist dies plötzlich doch möglich? Grundsätzlich unterstützen wir aber, dass das Rathaus renoviert und dass es so saniert wird, dass es für uns nützlich ist und für die künftige Welt erhalten bleibt. Die SVP-Fraktion wird dem Antrag zustimmen.

Jetzt möchte ich persönlich als Ortsbürger und als ein seit Kindheit in Lenzburg wohnhafter Bürger etwas erwähnen: Die Frage, ob die Ortsbürgergemeinde oder die Einwohnergemeinde die Miete oder die Renovation zahlt, weckt schlafende Hunde. Ich finde man sollte die Regelung so lassen wie sie ist, sodass das Ortsbürgersystem weiterhin funktioniert.

Anja Kroll (Grüne): Auch die Fraktion der Grünen wird auf den Antrag eingehen. Ich möchte jedoch etwas zum Thema Respekt gegenüber den Lebewesen

sagen. Man kann nur schützen, was man kennt. Das gilt für Baudenkmäler genau gleich wie für Mauersegler. Mauersegler sind für viele Menschen die Stimme des Sommers und sie sind eine gesetzlich geschützte Vogelart. Für Bauherren bedeutet Mauerseglerschutz zwei Dinge: Erstens dürfen Brutaktivitäten durch die Bauarbeiten nicht beeinträchtigt werden. Das bedeutet, dass von Mitte April bis Mitte August nicht gebaut werden darf. Zweitens muss die Anzahl vorhandener Nistplätze mindestens erhalten bleiben. Gegen einen Ausbau des Angebots spricht natürlich auch nichts. In diesen Fällen bieten der Kanton und der Vogelschutzverein bei der Umsetzung Hand, zumal die Kosten vergleichsweise gering sind. Mauersegler sind zudem Koloniebrüter. Wenn Nistplätze wegfallen, ist es wohlmöglich für die Kolonie nicht mehr interessant, an jenem Standort zu bleiben. In den vergangenen Jahren sind trotz den Gesetzen viele Nistplätze verloren gegangen. Es existiert daher Handlungsbedarf. In diesem Zusammenhang gibt es seit 2015 ein Gebäudebrüterinventar, welches der Natur- und Vogelschutzverein erstellt hat. Das Bauamt wurde vor drei Jahren in der Nutzung dieses Inventars geschult, sodass es bei der Erteilung von Baubewilligungen eingesetzt werden kann. Das Inventar wird trotz grossem Aufwand jährlich aktualisiert. Der Natur- und Vogelschutzverein leistet somit einen sehr wertvollen Beitrag zur Biodiversität unserer Stadt. Die Vorlage stammt ursprünglich von der Abteilung Immobilien, welche bis vor kurzem nicht von der Existenz dieses Inventars wusste. Aus diesem Grund sind die Nistplätze in der Vorlage auch nicht aufgeführt. Angesichts der menschenverursachten Veränderungen in unserer Umwelt ist es nicht selbstverständlich, dass wir die Mauersegler auch in kommenden Jahren über der Lenzburger Altstadt hören werden. Wir bitten die Stadt Lenzburg deshalb um die fürsorgliche Einhaltung der Gesetze zum Schutz dieser Vögel. Insbesondere bitten wir die Stadt, gemäss Leitbild als Vorbild zu wirken und zu punkten. Als Bauherrin kann in der Kommunikation von Bauprojekten diesbezüglich ein grosser Beitrag geleistet werden. Man kann schliesslich nur schützen, was man kennt.

Antrag:

Der Einwohnerrat möge den Verpflichtungskredit für die Sanierung des Dachs und der Fassade des Rathauses in Höhe von CHF 1'554'800.00 inkl. MwSt. (Kostenstand 6. Oktober 2022), zuzüglich teuerungsbedingter Mehrkosten, bewilligen.

Abstimmung

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

5 Verlegung Fussgängersteg Wil, Kreditabrechnung

Anja Kroll (GPFK): Zunächst bitte ich alle, die auf Seite 2 der Vorlage ausgewiesene Zahl von 11.42 % zur Kostenüberschreitung zu korrigieren. Nachrechenbar und vom Bauamt bestätigt, beträgt die Überschreitung tatsächlich 14,25 %. Die Mitglieder der GPFK wurden anfangs Woche bereits über diesen Umstand informiert und ihr Votum ändert sich dadurch nicht. Am 7. Juli 2020 hat der Einwohnerrat den Verpflichtungskredit von CHF 283'000.00 genehmigt. Die entsprechende Kostenschätzung datierte bereits vom 16. Januar 2020. Aus heutiger Sicht erwies sich diese Einschätzung als zu optimistisch. Die Abrechnung samt aller Belege wurde am 10. November von Marc Lindenmann zur Verfügung gestellt und in den Folgetagen von Daniel Blaser und mir geprüft. Wir beide konnten feststellen, dass alle Belege korrekt kontiert, datiert und visiert waren. Das Gespräch mit dem Projektleiter Daniel Taubert fand am 15. November statt. Die Kalkulation aus dem Antrag wurde vor allem in den beiden Positionen Baumeisterarbeiten, Wasserbau und Fusswegbau und neue Holzbrücke um gesamthaft CHF 52'866.00 überschritten. Die Baumeisterarbeiten etc. wurden durch die Auswirkung überdurchschnittlich starker und anhaltender Niederschläge 2021 mit Hochwasserfolgen im Aabach verzögert und erschwert. Dieser Umstand dürfte uns auch in Zukunft begleiten und solche Kalkulationen unsicher machen. Zudem waren die Kostenschätzungen zur neuen Holzbrücke bereits bei Einholung der Offerten und Genehmigung des Kredits deutlich zu niedrig. Das weltweit volatil gewordene Preisgefüge ab 2020 hat hier Spuren hinterlassen. Wir rechnen es allen Projektbeteiligten und der Projektleitung hoch an, dass vorhandene Sparmöglichkeiten erkannt und genutzt wurden. Die Gründe für die Überschreitung sind nachvollziehbar und die Überschreitung ist angesichts der Umstände moderat. Positiv zu merken ist, dass die Beiträge des Kantons höher ausfallen werden, als erwartet, da der Kanton nun nach einem anderen, praktikableren Schlüssel als Agglomerationsprogramm 3. Generation abrechnet, als es im Jahre 2020 vorgesehen war. Der neue Schlüssel wirkt zu Gunsten der Stadt. Das Werk ist insgesamt gelungen und erfreut nun alle, die die schöne Natur am Aabach geniessen wollen oder den Aabach im Wil überqueren. Die Rundwanderung, welche unser Präsident Remo Keller am 20. Juli in seinem GPFK-Votum skizziert hatte, endet nun nicht mehr unvermittelt am Aabach, sondern kann in ganzer Länge abgeschlossen werden. Die GPFK empfiehlt die vorliegende Kreditabrechnung zu genehmigen, SP und Grüne werden darauf eintreten.

Antrag:

Der Einwohnerrat möge die Kreditabrechnung für die Verlegung Fussgängersteg Wil, schliessend mit Aufwendungen von brutto CHF 323'317.00, genehmigen.

Abstimmung

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

6 Motion FDP, CVP (Die Mitte), EVP und BDP: Einführung einer Tagesschule aufs Schuljahr 2025/26, Zwischenbericht des Stadtrats

Corinne Horisberger (FDP): Wenn ich etwas lernen musste, seit ich politisch aktiv bin, dann ist es, dass in der Politik alles meist etwas länger dauert. Manchmal kann ich es nachvollziehen und akzeptieren, teilweise glaube ich, dass bestimmte Prozesse schneller umsetzbar sein sollten. Umso mehr freut es unsere Fraktion und mich, dass wir heute über die Einführung einer Tagesschule debattieren dürfen. Wir möchten uns für den Zwischenbericht des Stadtrats bei allen Involvierten bedanken. Das Grobkonzept, welches der Verein Tagesschule Lenzburg im Auftrag des Stadtrats erstellt hat, ist nicht nur beim Stadtrat gut angekommen, sondern auch bei unserer Fraktion. Der FDP ist es wichtig, dass eine Tagesschule die heute existierenden Tagesstrukturen ergänzt. Bestehende Betreuungsangebote für Schulkinder sollen dadurch weiterentwickelt und erweitert werden. Wir sind der festen Überzeugung, dass eine einheitliche Führung der Betreuungseinheit der Tagesschule und der Tagesstrukturen einerseits zahlreiche Synergien mit sich bringen wird und andererseits die Organisation sowie Kommunikation zwischen Kindern, Eltern, Betreuung und Unterricht erleichtert. Die FDP ist sich bewusst, dass die Einführung einer Tagesschule eine grosse Aufgabe für die Regionalschule Lenzburg darstellt. Die Zusammenführung von Betreuung und Unterricht erfordert Zusammenarbeit von bestehenden und neuen Berufsgattungen an der Schule. Deshalb ist es von hoher Priorität, dass der Einwohnerrat bald eine Entscheidung trifft. Wir müssen den aktuellen Unsicherheitsfaktor Tagesschule an der Regionalschule Lenzburg beseitigen. Sämtliche Anspruchsgruppen wie Lehrerinnen und Lehrer, Schulleitung, Eltern, Kinder, aber auch die Stadtverwaltung und künftige Einwohner von Lenzburg sollen Gewissheit haben, wie sich die Schullandschaft in Lenzburg in der absehbaren Zukunft entwickelt. Deshalb müssen wir die aktuell noch offenen Punkte klären, sodass bald eine Entscheidung getroffen werden kann. Dabei muss man auch die Unterstützung von externem Fachwissen in Betracht ziehen. Zu den weiteren Punkten gehören auch finanzielle Auswirkungen. Die FDP unterstützt die Haltung des Stadtrats, dass das Finanzierungsmodell auf einer Vollkostenrechnung basieren soll. Die Türen der Tagesschule sollen jedoch allen Kindern offenstehen. Der Besuch der Tagesschule muss für Kinder von Familien aus allen Einkommensverhältnissen möglich sein. In der Aufbauphase der Tagesschule wird im Bereich der Betreuung aufgrund geringer Auslastung bestimmt Verlust ent-

stehen. In diesem Zusammenhang würden wir eine städtische Aufbaufinanzierung begrüßen. Dabei ist mit einem Businessplan zu prüfen, zu welchem Zeitpunkt eine Tagesschule im Bereich Betreuung kostendeckend geführt werden kann. Falls die Nachfrage wider Erwarten zu diesem Zeitpunkt geringer ausfallen oder gar rückläufig sein sollte, sind entsprechende Kündigungsmodalitäten einzubeziehen. Heute werden bereits bis zu 80 Kinder täglich betreut. Wegen der steigenden Nachfrage in Kombination mit den steigenden Schülerzahlen in den kommenden 5 bis 7 Jahren, erachtet unsere Fraktion den Dachausbau in der Bleiche als unumgänglich, ob mit oder ohne Tagesschule. Dieser sollte ins aktuelle Projekt einbezogen werden, da es unschön wäre, wenn bereits bei der Einweihung der Dachausbau ansteht. Die FDP ist überzeugt, dass ein gut ausgebautes Betreuungsangebot einen wichtigen Standortvorteil darstellt, da Erziehungsberechtigte ihren Wohnort auch in Abhängigkeit mit dem schulergänzenden Betreuungsangebot wählen. Für Arbeitgeber ist dieses Kriterium ebenfalls von Interesse, da an solchen Orten die Verfügbarkeit von qualifizierten Arbeitskräften höher ist. Schlussendlich bringen qualitativ hochstehende Betreuungsplätze auch mehr Mütter und Väter zur Wiederaufnahme oder Pensenerhöhung ihrer Erwerbstätigkeit. Damit wird ein weiterer Beitrag zur Behebung des Fachkräftemangels geleistet. Letztlich bedeutet mehr Erwerbstätigkeit auch mehr Steuereinnahmen.

Manuel Silva (SVP): Wir danken dem Stadtrat für die Verfassung und Zustellung des Zwischenberichts. Die SVP ist bei der Einführung von weiteren sozialen Institutionen eher zurückhaltend. Wir erkennen jedoch den stetigen Wandel in unserer Gesellschaft. Mit diesen Veränderungen kommen auch bestimmte Forderungen, wie beispielsweise die Tagesschule. Wir sind überzeugt, dass wir uns die Frage stellen müssen, wie viel uns eine Tagesschule wert ist und wie viel sie kosten darf. Was wir im Bericht vermissen ist die Begründung, weshalb die aktuelle Tagesstruktur nicht ausreicht und weshalb es eine neue braucht. Wir sind der Meinung, dass die jetzige Tagesstruktur mit ihren modularen Systemen bereits einen grossen Teil des Tags und somit die Bedürfnisse der Eltern abdeckt. Deshalb fragen wir uns, ob es nicht Sinn machen würde, die aktuelle Struktur auszubauen. Dass der Tagesablauf ohne Unterbuch gestaltet werden kann, finden wir ein schwaches Argument. Die Steigerung der Attraktivität von Lenzburg durch diese Tagesschule können uns weder die Initianten noch der Stadtrat belegen. Ein Teil von uns hat Zweifel, ob das starre System, wie es im Bericht beschrieben ist, wirklich funktioniert, vor allem was die Nachmittagsstunden anbelangt. Bereits im März 2020 war uns sehr wichtig, dass die Tagesschule freiwillig ist. Dies wurde in den Bericht aufgenommen, wofür wir uns bedanken. Wir wissen, dass es sich jetzt erst um einen Bericht und nicht um einen Entscheid handelt. Trotzdem wirft dieser Bericht viele Fragen auf. Im Kanton Aargau herrscht aktuell grosser Lehrermangel. Wie verhält sich diese Problematik wohl, wenn die Tagesschule hinzukommt? Führt das vorgeschlagene System wirklich nicht zu einer Zweiklassengesellschaft? Weshalb sollen Steuerzahler selbst für die Betreuung der eigenen Kinder aufkommen? Sind Eltern künftig nicht mehr in der Lage, für 8 Wochen für ihre Liebsten zu sorgen beziehungsweise Zeit zu organisieren? Wo ist die Grenze der staatlichen Betreuung angesetzt? Was müssen Familien und was

muss die öffentliche Hand im Bereich der Schulbildung unserer Kinder übernehmen? Es existieren viele Fragen und nur wenig Antworten. Ich habe mir erlaubt, Eltern zu ihrer Meinung über die Tagesschule zu fragen. Die Mehrheit steht diesem Projekt eher skeptisch gegenüber. Den meisten ist die persönliche Betreuung der Kinder über Mittag sehr wichtig, wenn nicht sogar heilig. Als Fazit nimmt die SVP-Fraktion den Bericht zur Kenntnis; wir sind jedoch noch nicht überzeugt, dass dieses System für die Familien besser ist als ein Ausbau der derzeitigen Strukturen wäre. Vor allem sind wir gespannt auf die Gestaltung des Finanzierungsmodells.

Janine Pfister (SP): Die Einführung der Tagesschule ist zukunftsweisend. Die SP und die Grünen begrüßen das Projekt sehr. Der Verein Tagesschule hat im Vorfeld bereits sehr gute Arbeit geleistet. Das erarbeitete Konzept zeigt, dass eine Tagesschule ergänzend zur Regelschule und zu den bestehenden Tagesstrukturen realisierbar ist. Der Kostenpunkt des Gesamtprojekts ist der SP und den Grünen noch ein wenig unklar. Gleich ist es bei den Schülerzahlen, da die Tagesschule nur aus 20 Kindern pro Klasse bestehen darf, eine Klasse in der Regel jedoch schon 25 Kinder umfasst. Wichtig ist uns, dass die Kostenbeteiligung für alle fair ist, sodass keine Elite-Schule entsteht. Auch müssen die Raumbedürfnisse schnell konkretisiert werden, sodass Anliegen in die aktuell stattfindende Erarbeitung des Bauprojekts einfließen können. Weiter bitten wir den Stadtrat, die Erfahrungen von Aarau-Buchs und der Stadt Zürich einzubeziehen. Die Umsetzung ist ein grosses Vorhaben, welches Zeit braucht. Wir möchten aber lieber eine gut durchdachte, breit abgestützte, kalkulierbare Lösung als ein schnelles, wackliges Konzept. Deshalb sind wir froh, wenn genug Zeit eingeräumt wird, sodass die Tagesschule ein Erfolg wird.

Andreas Schmid (Stadtrat): Ich habe ein Anliegen, welches nicht direkt den Zwischenbericht betrifft, aber damit in Verbindung steht. Vor einem halben Jahr haben wir gemeinsam mit einem Architekten begonnen, uns mit der Sanierung der Bleiche zu befassen und Pläne für die Baueingabe auszuarbeiten. Die Arbeiten sind nun mehrheitlich abgeschlossen. Während dieses Prozesses mussten wir uns auch mit dem Dachstock befassen. In der Vorlage wurde ursprünglich festgelegt, dass der Dachstock nicht ausgebaut wird. Abklärungen haben jedoch ergeben, dass der Raumbedarf in der Bleiche sehr gross ist und diese Fläche früher oder später genutzt werden muss – sei das als Aufenthaltsraum oder auch als Mittagstisch. Wir sollten den richtigen Weg bereits jetzt einschlagen und den Umbau des Dachstocks in das Bauprojekt integrieren. Die Mehrkosten sind uns noch nicht bekannt. Wahrscheinlich bedarf es einen Zusatzkredit, über welchen der Einwohnerrat befinden darf. Aufgrund der Zeitschiene, dass die Bleiche für das Schuljahr 2024/25 bereit sein soll, muss die Planung sehr schnell und effizient geschehen. Wir möchten die Einwohnerratsvorlage für den Zusatzkredit bereits im März 2023 verabschieden. Was ebenfalls hinzukommt ist, dass eventuell ein Baugesuch aufgelegt werden muss. Die Details der Planung stehen noch nicht fest und es werden laufend Abklärungen getätigt. Wir möchten jedoch, dass der Einwohnerrat hierüber bereits vorinformiert ist. Die Details folgen in der Vorlage.

Barbara Portmann (Stadträtin): Ich möchte dem Verein Tagesschule ein herzliches Dankeschön aussprechen. Es wurde uns eine gute Grundlage geliefert, auf welche wir aufbauen konnten. Folgende Ergänzungen möchte ich machen: Besten Dank für die freundliche Aufnahme. Wir fühlen uns in unseren Annahmen, wie wir mit dem Projekt verfahren sollen, bestätigt. Die modularen Tagesstrukturen werden ein wichtiger Teil sein und wir werden uns bald überlegen, welche Formen es gibt und ob es Sinn macht, weiterhin einen Verein mittels Leistungsvereinbarung zu beauftragen. Zudem wird auch eine Integration in die Regelschule geprüft, um die enge Verbindung der räumlichen und pädagogischen Natur zu fördern. Im nächsten halben Jahr können wir entsprechende Weichenstellungen vornehmen. Bei der Klassengrösse und auch der Ressourcierung der Klasse haben wir Spielraum. Es müssen nicht zwingend 20 gegenüber 25 Personen sein. Wir finden bestimmt eine geeignete Lösung hierfür, sodass es keine gesellschaftliche Probleme nach sich zieht.

7 Postulat SP ein Kronenplatz für alle; Überweisung

Thomas Schär (SP): In diesem Postulat haben wir auf das Zukunftsszenario 2035 des Kantons Aargau verwiesen. Die Aussagen in diesem Szenario sind klar und deutlich. Lenzburg hat schon heute einen sehr bedeutenden Anteil von über 23 % der Siedlungsfläche, welcher aufgrund des Wärmeinseleffekts als ungünstig qualifiziert wird. 2.2 Hektaren werden sogar als sehr ungünstig definiert. Man geht davon aus, dass sich dieser Anteil bis 2035 auf über 32 %, also um rund einen Drittel, vergrössern wird. Im letzten Sommer hatten wir viele aufeinanderfolgende Hitzewellen mit heissen Tagen und Nächten. Das Jahr zuvor gab es viel Niederschlag. So kann man weit zurückgehen. Wenn man in die Zukunft blickt, wird es wahrscheinlich so weiter gehen. Wir müssen etwas unternehmen und zwar dort, wo wir direkten Einfluss nehmen können. In der Motion "Verzicht auf Bodenversiegelung" der IG Klimazukunft Lenzburg vom 11. März 2021 steht auch ein Satz zu den bestehenden Flächen: "Bei bereits versiegelten Böden soll geprüft werden, ob und wie diese entsiegelt werden können". Diese Motion wurde am 24. Juni 2021 deutlich überwiesen. Nun werden wir klarer und konkreter. Wir fordern eine solche Entsiegelung für den Kronenplatz. Es ist uns bewusst, dass dies ein grösseres Projekt ist, welches entsprechende Ressourcen benötigen wird. Deshalb sind unsere Fragen und Forderungen realistisch und auf die aktuellen Möglichkeiten der Stadt Lenzburg abgestimmt. Wir wollen grundsätzlich wissen, wie sich der Stadtrat zur Aufwertung und Umnutzung des Kronenplatzes stellt. Wir möchten grobe Umsetzungsvorschläge mit Kostenschätzungen erarbeiten lassen, oder einen Vorschlag erhalten, mit welchem Verfahren und welchen Kosten man solche Umsetzungsvorschläge erarbeiten könnte. Die Idee ist nicht, dass mit der Beantwortung dieses Postulats bereits ein definitiver Vorschlag vorliegt. Wir

möchten lediglich, dass etwas getan wird. Deswegen haben wir im Postulat auch verschiedene Ideen und Vorstellungen skizziert und angedeutet. Nicht alle als Pflicht, aber als Möglichkeiten und Denkanstösse. Was ist mit dem Kronenplatz möglich und was macht Sinn? Was soll ein Kronenplatz, welcher neu als öffentlicher Platz funktioniert, erfüllen können und müssen? Wie viele Funktionen sind angebracht und nötig? Muss es eine Freizeitanlage sein, oder macht auch ein ruhiger Erholungsraum Sinn, welcher an heissen Tagen als grüne, kühle Pause dient und die Biodiversität fördert? Auf jeden Fall erwarten wir vom Stadtrat, dass er offen an die Umnutzung dieses prominent gelegenen und aktuell unter Wert genutzten Platzes herangeht. Des Weiteren erwarten wir, dass er sich der Problematik der Altstadt-Hitzeinsel bewusst ist oder wird und gewillt ist, Massnahmen dagegen zu ergreifen. Mit dem neu zusammengesetzten Stadtrat und den kommunizierten Legislaturzielen gehen wir stark davon aus, dass der Stadtrat die Notwendigkeit sieht und sich vielleicht bereits Gedanken dazu gemacht hat. Deshalb ist es umso wichtiger, dass ein offizieller Auftrag des Einwohnerrats ausgesprochen wird. Nicht nur als Zeichen, sich dieser Problematik bewusst zu werden, sondern auch um politisch aktiv zu werden und Ressourcen für das konkrete Projekt einsetzen zu können.

Brigitte Vogel (SVP): Eine Stadt ohne Bäume ist unvorstellbar, denn Bäume machen eine Stadt lebenswerter. Sie sind nicht nur ein ästhetisches Element der Stadtplanung, da sie die graue Umgebung verschönern. Sie haben auch viele ökologisch wertvolle Funktionen. Sie wirken lärmreduzierend und schattenspendend, sind Sauerstofflieferanten, Klimaanlage und Lebensraum zugleich. Gerade anhand eines Sommers wie dem vergangenen, lernen wir ihren Wert zu schätzen. Wo Bäume stehen, ist die Luft frischer und weniger belastend. Unsere Gesundheit fördert dies, aber auch viele andere Lebewesen profitieren vom Baumbestand. Dies war jetzt eine Werbebotschaft für Bäume. Am heutigen Tag wurde ein herrliches Exemplar einer Zerreiche in der Widmi gepflanzt und hat dort ein neues Zuhause gefunden. Dieser Baum gilt als perfektes Beispiel und hat Symbolkraft. Vielen Dank an Michael Häusermann für diese tolle Idee und an das Bauamt für die Umsetzung. Die Wünsche und Ansprüche aller Nutzungsgruppen des Kronenplatzes sind natürlich sehr verschieden. Der Platz muss flexibel genutzt werden können. Vergessen möchten wir auch nicht die Ladenbetreiber im Zentrum von Lenzburg, deren Kunden Parkplätze benötigen. Die SVP lehnt dieses Postulat ab. Bei jedem neuen Bauprojekt soll die Stadt eine grüne Umgebung und einen abwechslungsreichen Spielplatz realisieren. Es kann nicht sein, dass die Stadt Lenzburg das ständig organisieren muss. Bäume werden ständig gepflanzt, an Orten wo es für Mensch und Baum Sinn macht. Wir finden in Lenzburg bestimmt bessere Objekte; für Kinder und Bäume.

Urs Willener (FDP): Ich habe vor langer Zeit an der Jungbürgerfeier ein Fotoband "liebes altes Lenzburg" erhalten. Dieses Buch habe ich wieder zur Hand genommen und den Kronenplatz gesucht. Auf dem Kronenplatz waren schon diverse Anlässe: der Zirkus Knie, der Viehmarkt, die "Eierläsete" und weitere. Beim Försterhaus gab es früher einen Vorgarten. Später wurden Stadtfeste gehalten und es wurde ein Lunapark aufgebaut. Gemäss der Motion

ist heute der Parkplatz mit 14 bis 25 Parkplätzen besetzt; für den Publikumsverkehr, die Geschäfte, die Gastronomie und vier Parkplätze für das Bauamt. Wenn man die Einnahmen der Parkplätze und die Mieten hochrechnet, resultieren CHF 20'000.00 – 30'000.00 an Einnahmen, welche uns fehlen. Die Postulatsführer fordern einen Begegnungs- und Spielplatz. Ich finde in unmittelbarer Nähe existieren genügend solche Plätze; so beispielsweise der Spielplatz beim Lindenplatz, beim Museum und dem Mülimärt. Im Burghaldenpark befinden sich Bänke zum Verweilen, bei der Stadtkirche und hinter der Hypothekbank ebenfalls. Zudem wird die Widmi mit der neuen Zerreiche auch eine Begegnungszone darstellen. Für Freizeitbeschäftigungen sind wir in Lenzburg mit dem Hammerpark, der Wilmatten und dem Schulhaus Angelrain gut bestückt. Steckleinen hat es bereits auf dem Lindenplatz und Schach gab es früher auf dem Spielplatz der Burghalden. Dieses wurde entfernt, da es nie benutzt wurde. Bei sehr heissen Tagen sind der Fünfweiher, der Wald, das Schloss und die Badi geeignetere Aufenthaltsorte. Durch all diese Orte existieren bereits genügend Begegnungs- und Spielplätze. Das andere Argument ist die Belebung der Innenstadt. Die Ladenlokale in der Rathausgasse sind aktuell zum ersten Mal vollständig besetzt und Restaurants gibt es ebenfalls genügend. Anders sieht das aus in der Aavorstadt: Die Apotheke, das Hotel Haller und die Sattlerei sind mittlerweile alle geschlossen. Es ist wichtig, dass Möglichkeiten für Kurzparkierende bestehen, um schnell kleinere Einkäufe erledigen zu können, einen Abstecher in ein Kaffee oder Restaurant zu machen oder ein Baugesuch auf dem Bauamt einzusehen. Grundsätzlich ist uns allen die Problematik der Wärmeinsel bekannt. Im Gegensatz zu anderen Plätzen, die oft versiegelt sind und ohne Nutzen brach liegen, dient der Kronenplatz wenigstens als Parkplatz oder als Raum für Veranstaltungen. Aus meiner Sicht wäre es sinnvoller, sämtliche Plätze auf einer Liste festzuhalten und parallel zum Parkierungs- und Benutzungskonzept zu analysieren. Sollten Plätze verbessert werden, muss auch das Benutzungskonzept angepasst werden. Man sollte auch sehen, welche Kostenfolge das hat, denn teilweise kommt es zu Einnahmeverlusten. Parkplätze generieren Geld, welches wir in andere Spielplätze investieren könnten. Ich bin somit gegen dieses Postulat.

Sigrid Schärer (Grüne): Ich finde es wichtig, dass wir einen ersten Schritt in Richtung Zukunft nehmen. Die Hitzesommer nehmen zu, ebenfalls die Spontanregengüsse. Bei Niederschlag versickert das Wasser oftmals, ohne korrekt gespeichert zu werden und bei der nächsten Hitzeperiode drohen die Bäume aufgrund der Dürre zu sterben. Wir müssen bald mit der Umsetzung dieses Projekts starten. Klar könnten wir erst alle Plätze auflisten um zu sehen, welche man entsiegeln könnte. Wir sollten jedoch nicht alles überorganisieren, sondern effizient voranschreiten. Wenn wir zu lange zuwarten, sind wir in 10 Jahren noch nicht fertig. Dann existieren womöglich keine Bäume mehr und es müssen teure, grosse Bäume zugekauft werden. Die Zerreiche in der Widmi ist ein toller Baum. Es ist wichtig, dass jetzt Bäume gepflanzt werden, welche in 10 Jahren Schatten spenden werden. Zusätzlich haben wir soeben von den vielen Spielplätzen gehört, welche rund um den Kronenplatz existieren. Es muss nicht zwingend ein Spielplatz werden, es kann auch eine Begegnungszone mit Bänken sein, wo man beispielsweise das Mittagessen einnehmen kann. Parkplätze existieren ebenfalls genügend rund herum, so unter anderem der

Seifi-Parkplatz und die Migros-Tiefgarage. Die Menschen können nicht nur auf andere Spielplätze ausweichen, sondern auch auf andere Parkplätze. Zudem geht es auch um die Belebung der Stadt. Mittlerweile sind viele Personen in der Stadt unterwegs, was man auch sieht und spürt. Schön wäre es, wenn das so beibehalten werden kann. Die Kurzparkierer sollten dazu animiert werden, nicht nur schnell zu kommen und wieder zu verschwinden, sondern auch hier zu verweilen. Die Grünen stehen absolut hinter der Entsiegelung des Platzes.

Julia Mosimann (SP): Wenn über die Thematik Klima gesprochen wird, stört mich meistens ein bestimmter Punkt. Man spricht öffentlich darüber, dass das Problem erkannt wird und dass man dieses ernst nimmt. In der grossen Mehrheit stellt man sich hinter die IG Klimazukunft Lenzburg und man stellt Forderungen. Aber kaum werden konkrete Anhaltspunkte diskutiert, kommen all diese "abers". Man ist plötzlich unzufrieden damit, da man einen Schritt aus der Komfortzone machen und die Bequemlichkeit hinter sich lassen muss. Wir sind aktuell an einem Punkt, an welchem wir nicht wie gewohnt fortfahren können. Denn dieser Weg führt schlichtweg nicht ans Ziel. Irgendwo muss ein Abstrich gemacht und konkretisiert werden. Aber wenn wir konkreter werden, beispielsweise mit einer Vorlage wie dieser, sind Personen unzufrieden. Was muss geschehen, dass wir endlich an den Punkt kommen, wo wir etwas umsetzen können und nicht nur mit leeren Worten um uns schlagen? Dieses Postulat geht genau auf die Forderungen der IG Klimazukunft Lenzburg ein. Es werden Vorschläge und Anregungen formuliert. Vordergründig ist nicht, ob ein Spielplatz erstellt wird. Dieser Punkt ist noch offen. Die Hauptforderung ist, dass der Boden entsiegelt und dadurch etwas für das Klima getan wird. Die Parkplätze sind auch ein Dauerthema. In diesem Zusammenhang muss überlegt werden, ob für Kurzstrecken das Auto wirklich notwendig ist. Man kommt problemlos mit Fahrrädern oder dem Bus ins Zentrum. Wenn das Auto zwingend notwendig ist, existieren immer noch genügend Parkmöglichkeiten. Man kann nie alle Beteiligten zufriedenstellen. Aber das Klima ist eine wichtige Investition und hierfür muss man gelegentlich über den eigenen Schatten springen. Ich bin der Überzeugung, dass wir den ersten Schritt machen müssen, um dem Kronenplatz ein neues Gesicht zu geben. Wie wir im vorherigen Votum gehört haben, weist der Kronenplatz in der bisherigen Nutzungsart durchaus Variationen auf. Wir sollten auf diese Geschichte zurückgreifen. Weshalb sollten nur Autoparkplätze auf diesem Platz sein, wenn doch ein weitaus grösseres Potential besteht, welches wir ausschöpfen könnten.

Daniel Mosimann (Stadtammann): Zur Ausgangslage möchte ich erwähnen, dass der Kronenplatz aktuell ein multifunktionaler Platz ist. Er ist ein Verkehrsknotenpunkt und ein Marktplatz, beispielsweise für den Chlausmarkt. Er ist ein Festplatz am Jugendfest, ein Parkplatz und eine Bushaltestelle zugleich. Es hat Bäume, einen Brunnen, eine Kulturkabine, Fahrradabstellplätze und ein Restaurant mit Aussensitzplätzen. Der Stadtrat kann sich eine Umgestaltung des Kronenplatzes durchaus vorstellen. Dafür müsste jedoch das Gebiet vergrössert und der Perimeter bis zum Brättligau ausgeweitet werden. Eine Entsiegelung kann sich der Stadtrat in bestimmten Bereichen ebenfalls vorstellen, nicht aber im Verkehrsbereich. Dieser muss, gerade weil es ein multifunktionaler Platz ist, einwandfrei funktionieren. Wenn eine Umgestaltung

vorgenommen wird, muss man den historischen Kontext berücksichtigen und das Verkehrsregime anpassen. Wenn der Bereich eine Begegnungszone würde, dann würden auch die Fussgängerstreifen verschwinden. In einem ersten Schritt müssten wir die Ansprüche an den Platz mit allen Interessenten und Anspruchsgruppen abklären und die künftige Nutzung definieren. Parkplatz- und Güterumschlagsstandort müssten festgelegt werden. Sinnvoll ist sicher auch, wenn wir die Konkretisierung der Umgestaltung erst umsetzen, wenn die künftige Nutzung des Försterhauses klar ist; das bedeutet nach Vorlage der Immobilienstrategie. Mit einem Betriebs- und Gestaltungskonzept könnten schliesslich alle Ansprüche aufeinander abgestimmt werden. Als nächstes geplant ist die behindertengerechte Umgestaltung der Bushaltestelle vor dem Hotel Krone. Die Vorlage wird im Frühling 2023 diskutiert werden. Dieses Projekt sollte eine allfällige Umgestaltung des Kronenplatzes jedoch nicht tangieren. Ebenfalls müssen wir uns bewusst sein, dass die Abteilung Tiefbau und Verkehr aufgrund der vielen Projekte aktuell nicht die Kapazität hat, solch ein Vorhaben zu planen. Der Stadtrat ist aber nicht dagegen, dass wir uns Gedanken über den Kronenplatz machen.

Antrag:

Das Postulat der SP, Grüne, Die Mitte, EVP und GLP; "ein Kronenplatz für alle", wird überwiesen.

Abstimmung

Der Antrag wurde mit 21 Ja-Stimmen zu 14 Nein-Stimmen angenommen.

8 Postulat SVP; Stopp dem Abbau des Service public; für die Weiterführung des physischen Aushangs für Todesanzeigen; Überweisung

Michael Häusermann (SVP): Ich zitiere "Der Stadtrat Lenzburg hat anfangs Februar beschlossen, die Bewirtschaftung der physischen Aushängevorrichtungen für Todesfallmeldungen einzustellen. Ausnahme bleibt der Aushang beim Eingang des Rathauses." Dies war die Mitteilung an die Bevölkerung von Lenzburg. Weiter hiess es: "Der Stadtrat begründet diesen Entscheid mit einem zeitgemässen Angebot und dem personellen Aufwand, der für die Bewirtschaftung der Aushängevorrichtungen jährlich angefallen ist". Der Stadtrat hat

dieses Thema mit 45 Worten mitgeteilt und erledigt. Als ich diese Worte am 3. Juni gelesen habe, brauchte ich wahrscheinlich mehr Worte, um über das Geschehen nachzudenken, als der Stadtrat brauchte für die Verfassung dieser Worte. Was der Auslöser dieser Änderungen war, weiss ich nicht. Weshalb erst im Juni der Beschluss des Februars verkündet wurde, ist mir auch nicht bekannt. Es geht hier nicht nur um die Todesanzeigen-Kästen, sondern um mehr. Es geht um Informationen über uns als Gesellschaft, um das Thema Tod und es geht ebenfalls um Finanzen. Lenzburg hat seit Jahrzehnten solche Kästen. In diesen teilte die Stadt der Bevölkerung bisher mittels Papieraushang mit, dass jemand verstorben ist. Dieses Vorgehen stammt aus einer älteren Zeit, in welcher es noch keine Computer gab. Heutzutage gibt es selbstverständlich andere Möglichkeiten. Nun findet der Stadtrat, dass die Information über den Tod eines Anwohners zu viel personellen Aufwand ergibt. Diese Haltung enttäuscht mich und macht mich fast ein wenig traurig. Was sind wir für eine Gesellschaft, wenn wir diesen Entscheid einfach so akzeptieren. Ich möchte an dieser Stelle einen Vergleich ziehen. Wir sind am Anfang des Lebens, nach ein paar Jahren kommt man in den Kinderhort und den Kindergarten. Wir haben Schulhäuser, Lehrpersonen und Sozialarbeiter, welche wir finanzieren. Wir stellen viel personelle Ressourcen zur Verfügung und bezahlen diese Personen, alles zum Wohle der Kinder. Jedes Jahr bewilligen wird diese Ressourcen im Budget, sodass Kinder sozial versorgt und abgesichert sind. In den Budgetsitzungen hinterfragen wir diese Beträge kaum. Es ist selbstverständlich, dass dieser Aufwand notwendig ist. Später sind wir im Berufsleben, wir werden älter und haben womöglich eine Familie. Irgendwann stehen wir am Ende des Lebens und der Tod ist unvermeidbar. Wenn wir verstorben sind, wird dies der Gemeinde gemeldet. An diesem Punkt geht es darum, noch ein einziges Mal eine Mitteilung an die Mitmenschen zu machen, dass jemand verstorben ist. Gemäss Stadtrat ist das zu viel Aufwand, obschon wir während der Lebenszeit bereit sind, mit einer Selbstverständlichkeit sehr grosse Beträge zu investieren. Die Frage ist, wie viel Respekt wir als Gesellschaft dem Moment der Mitteilung eines Todesfalls geben. Ich bitte den Einwohnerrat, sich nochmals zu überlegen, ob das Verhältnis zwischen dem Aufwand, welchen wir für unser umsorgtes Leben betreiben, und dem Aufwand kurz nach dem Tode stimmt. Die Kästen betreffen vor allem ältere Menschen, welche nicht mit Laptop und Handy unterwegs sind. Wir sind diesen Personen schuldig, dass wir auf eine einfache Art und Weise diese Information zugänglich machen.

Anja Kroll (Grüne): Ich bin auch dafür, dass wir dem Tod als wichtiges Ereignis in unserem Leben mit Würde begegnen. Ich persönlich bin in einer freiwilligen, palliativen und spirituellen Begleitung tätig, da ich es nicht richtig finde, dass dieses Thema ghettoisiert wird. Ich möchte einige Fakten in den Raum werfen. Fakt 1 ist, dass wir das Postulat in dieser Form nicht unterstützen werden. Ich erläutere die Gründe noch. Die Digitalisierung der Gesellschaft schreitet voran. Telefonkabinen gibt es nur noch als Kultkabinen, Briefkästen werden schlecht bewirtschaftet und heute war in der AZ zu lesen, dass die SBB die Billet-automate verschwinden lässt. Die Informationen über Todesfälle in Lenzburg erhielt im Sommer eine andere Form. Zu den Verlierern des digitalen Wandels gehören alle Menschen, die digitale Kompetenzen nicht erwerben konnten oder wollten. Wir alle kennen Menschen, die hiervon betroffen sind und welche das

Thema verstärkt betrifft, da ihre Mitmenschen vermehrt sterben. Wir Grünen wünschen uns eine lokale Behörde, die sich dieser Auswirkung bewusst ist und behutsam agiert, um Bürger nicht zu Digitalisierungsverlierern werden zu lassen, wo es vermeidbar wäre. Uns ist wichtig, dass möglichst alle Menschen dieser Stadt an den wichtigen Ereignissen des Lebens Teil haben können. Zu diesen Ereignissen gehört auch der Tod. Das Postulat der SVP ist überraschend faktenfrei. Gerade diejenige Partei, welche sich immer sehr kostenbewusst verhält, macht keine Angaben zu den Kostenfolgen ihres Vorschlages. Wie viele Standorte gibt es, wie viele soll es geben, wenn die Stadt wächst, was kostet der Ersatz, was kostet eine zusätzliche Beschaffung und wie teuer ist die Bewirtschaftung. Wir plädieren nicht für eine Zurückdrehung des Zeitrads. Deshalb lehnen wir dieses Postulat ab. Wir würden es jedoch sehr begrüßen, wenn künftig Zivilstandsmeldungen in kürzester Form – vielleicht als Einzeiler – publiziert werden. Unsere Idee war spontan eine Publikation im Lenzburger Bezirksanzeiger unter der Rubrik Amtliches. Die Stadt hat einen Pauschalvertrag mit dem Lenzburger Bezirksanzeiger, daher wäre die Kostenfolge klar und rechtlich ist es ebenfalls möglich. Der grosse Vorteil dieser Methode wäre, dass die Meldung so wirklich alle Haushalte und Menschen erreicht, sogar diejenigen, welche schlecht zu Fuss sind und deshalb nicht zu den Kästen laufen können.

Daniel Mosimann (Stadtammann): Die Stadtverwaltung hat sechs externe Standorte für diese Todesanzeigen betrieben, plus den Aushang im Rathaus. Die Belieferung lief über die Regionalpolizei. Der Kasten im Rathaus wird durch Mitarbeitende der Abteilung Einwohnerdienste bewirtschaftet. Grundsätzlich ist die öffentliche Anzeige von Todesfällen nur mit Zustimmung der Angehörigen möglich. Heutzutage geben circa 50 % der Angehörigen ihr Einverständnis, 50 % verzichten auf den Aushang. Die Ausgangsage war, dass die Kästen zu klein und in schlechtem Zustand waren. Sie waren weder mit Witterungs- noch mit Vandalismus-Schutz ausgerüstet. Wiederholt mussten wir feststellen, dass die Todesanzeigen angezündet oder verschmiert wurden. Auf der einen Seite möchte man einen respektvollen Umgang mit der Thematik, auf der anderen Seite ist es unschön, wenn man solche Anzeigen sieht. Zum Teil waren die Kästen derart alt und kaputt, dass der Stadtrat überlegen musste, wie mit diesen fortgefahren wird. Es wurde ein Vergleich mit anderen Gemeinden durchgeführt. Aarau und Neuenhof betreiben keinerlei physischen Aushänge mehr. Mumpf und Zofingen haben noch eine öffentliche Aushangsstelle. Verschiedene Varianten wurden geprüft. Die Variante 1 besteht aus grösseren, witterungsgeschützten Aushängevorrichtungen. Es müsste geprüft werden, ob dies platzmässig überhaupt möglich ist. Die Kosten hätten sich auf total ungefähr CHF 10'000.00 belaufen und circa 80 Arbeitsstunden für den Unterhalt generiert. Es wurde auch eine Reduktion der Kästen diskutiert. Die Diskussion wäre dann jedoch gewesen, weshalb bestimmte Kästen eliminiert werden und andere noch existieren. Deshalb wurde diese Idee verworfen. Die Variante 2 war der Verzicht auf die externen Kästen und dafür eine anderweitige Kommunikation. Im Februar wurde der Beschluss gefällt und per Medienmitteilung sowie in den jeweiligen Kästen publiziert. Die aktuellen Todesfälle werden täglich nach Wunsch im Rathaus ausgehängt. Nach Wunsch ist auch eine Publikation auf der Webseite der Stadt Lenzburg möglich. Eine

weitere Möglichkeit wäre die Publikation im Lenzburger Bezirksanzeiger gewesen. Es ist jedoch fraglich, ob ein Einzeiler im LBA wirklich würdevoll wäre. So bleibt nun der Aushang im Rathaus bestehen und Angehörige haben die Möglichkeit der Aufschaltung der Bestattungsmeldung auf unserer Webseite. Auf eine Kommunikation in einer Zeitung wird verzichtet. Bei Ersatzbeschaffungen geht es um die Frage, ob diese wirklich notwendig sind. Man möchte Kosten optimieren und vermeiden. Aus diesen Überlegungen hat sich der Stadtrat gegen eine Ersatzbeschaffung dieser Kästen entschieden. Eine weitere Überlegung war, dass bei der Regionalpolizei eine angespannte Personalsituation herrscht. Die Bewirtschaftung stellt eine Zusatzaufgabe und somit eine Zusatzbelastung dar. Im Vergleich mit anderen Gemeinden kamen wir zum Schluss, dass diese sechs Aushängekästen nicht mehr zeitgemäss sind. Der Stadtrat ist überzeugt, dass wir mit dieser Lösung eine gute, zukunftsorientierte Lösung gefunden haben, welche den Angehörigen die Möglichkeit bietet, ihre Anzeigen würdevoll zu publizieren. Deshalb empfehlen wir, dass dieses Postulat nicht überwiesen wird.

Regula Züger (Grüne): Ich finde es unangemessen, dass wir bei etwas Wichtigem wie dem Tod um ein paar tausend Franken diskutieren. Die Diskussion über Geld ist völlig deplatziert. Dem letzten Abschnitt im Leben sollte gleich viel Aufmerksamkeit gewidmet werden wie dem Rest. Ich wollte dieses Postulat gemeinsam mit den Grünen nicht unterstützen. Jedoch aus ganz anderen Gründen und nicht wegen der Einsparung von Kosten. Ältere Personen möchten darüber informiert sein, wer gestorben ist, selbst wenn sie jeweils nicht bis zu den Kästen gehen. Viele Personen, welche sich für den Tod interessieren, sind ohnehin nicht mehr in der Lage, diese Kästen aufzusuchen. Daher sind sie bestimmt nicht mehr das geeignete Gefäss für die Publikation. Ich möchte den Stadtrat aber bitten, eine Publikation im Lenzburger Bezirksanzeiger trotzdem in Erwägung zu ziehen. Mit ein wenig Aufwand könnte diese sicher würdevoll gestaltet werden.

Michael Häusermann (SVP): Ich bin völlig einverstanden mit Regula Zügers Worten. Die Kästen sind in schlechtem Zustand, weil die Stadt es dazu hat kommen lassen und kein Unterhalt betrieben wurde. Ich möchte nicht unbedingt an diesen sechs bis sieben Standorten festhalten. Auch drei Stück wären in Ordnung. Vielleicht gibt es auch andere Möglichkeiten. Ich kenne die Endlösung nicht. Ausserdem finde ich das Argument, dass für dieses Postulat keine Kostenpositionen bekannt sind, nicht förderlich. Wir haben nämlich soeben das Postulat "ein Kronenplatz für alle" überwiesen, welches bestimmt weitaus teuer sein wird, und das ohne das Wissen, wie viel dieses kostet.

Antrag:

Das Postulat der SVP; "Stopp dem Abbau des Service public; für die Weiterführung des physischen Aushangs für Todesanzeigen", wird überwiesen.

Abstimmung

Der Antrag wurde mit 16 Ja-Stimmen zu 10 Nein-Stimmen angenommen.

9 Anfrage SP: Räume für Kulturelles und Gesellschaftliches in Lenzburg; Beantwortung

Julia Mosimann (SP): Für die Beantwortung der Anfrage bedanken wir uns beim Stadtrat herzlich. Es ist erfreulich zu sehen, dass der Stadtrat diese Themenpunkte bereits bei sich aufgenommen hat, besonders auch im Hinblick auf das Legislaturziel zur Kultur. Kultur ist in Lenzburg gross, vielseitig und ein wichtiger Bestandteil der Stadt, da sie eine Bereicherung darstellt. Das soll auch weiterhin so bleiben. Für die Kultur sind geeignete Räumlichkeiten sehr wichtig. Dass durch die Bleiche einige wegfallen, ist natürlich bedauerlich. Es wäre schön, wenn in Zukunft wieder Räume zur Verfügung gestellt werden können. Der Stadtrat geht das Thema an und sucht die Kommunikation mit der Kulturkommission, deshalb sind wir zuversichtlich, dass ein guter Konsens gefunden werden kann. In diesem Sinne können wir das Thema guten Gewissens so stehen lassen.

10 Umfrage

Beitritt Interessengruppe Tempo 30 auf Kantonsstrassen

Fabian Würmli (SP): Ich habe gehört, dass sich die Stadt Lenzburg gerne mit Zofingen vergleicht. Gemäss Medienmitteilung ist Zofingen der Interessengruppe "Tempo 30 auf Kantonsstrassen innerorts" beigetreten. Deshalb lautet meine Frage an den Stadtrat, ob er sich bewusst ist, dass dieses Thema auch bei der Lenzburger Bevölkerung von grossem Interesse ist. Ich persönlich nehme davon nichts wahr. Ist der Stadtrat schon beigetreten oder wann gedenkt er, dies zu tun?

Daniel Mosimann (Stadtammann): Die Anfrage bezüglich IG Tempo 30 auf Kantonsstrassen ist von der Repla Unteres Bünzthal eingetroffen. Der Stadtrat ist dieser IG beigetreten.

Weihnachtsbeleuchtung; Aktion der Klimajugend

Sigrid Schärer (Grüne): Wir haben an den beiden letzten Sitzungen jeweils über die Weihnachtsbeleuchtung gesprochen. Der Baum leuchtet jetzt und heute fand eine wunderschöne Aktion der Klimajugend statt. Die Klimajugend erleuchtete das Städtchen zusätzlich mit Kerzen, was zu einer sehr stimmungsvollen Atmosphäre beigetragen hat. Dies wollte ich als Information mitteilen, dass auch andere Ideen umgesetzt werden können, um eine tolle Atmosphäre zu schaffen.

Bau- und Nutzungsordnung 2. Auflage; Einwendungen

Anja Kroll (Grüne): An der Infoveranstaltung zur 2. Auflage der BNO wurde bekanntgegeben, dass das Hochbauamt plant, die Einsprechenden erst im Frühling 2023 über die Entscheidungen des Stadtrats, die weiteren Stufen des Verfahrens und die möglichen Rechtsmittel zu informieren. Das ist gesetzeskonform. Ist es auch dienstleistungsorientiert? Ich zitiere Seite 3 der Legislaturziele: " Die Stadt Lenzburg wirkt dienstleistungsorientiert mit ihrer Verwaltung." Einige Teilnehmer haben angeregt, dass mit den Einsprechenden aktiver kommuniziert werden soll und sie umgehend Informationen über die obgenannten Punkte erhalten sollen. Dieses Vorgehen bietet Chancen, es würde geschätzt werden und ich bin sogar der Überzeugung, dass es Kosten spart. Es ist nämlich nur eine Frage des Zeitpunkts, wann diese Personen informiert werden und man schafft durch eine frühzeitige Information Goodwill. Wird die Anregung der Teilnehmenden aufgegriffen und wird diese frühzeitige Information umgesetzt?

Daniel Mosimann (Stadtammann): Wir werden die Einwendenden sicher nach Ablauf der Einwendungsfrist, welche bis am 19. Dezember 2022 läuft, über die nächsten Schritte im Verlaufe der Bau- und Nutzungsordnung informieren. Über den Umgang mit der Einwendung wird jedoch erst Auskunft gegeben, wenn es auf die Entscheidungsfindung im Einwohnerrat zugeht.

Erstellung eines Inventars aller Hitzeinsel-Plätze

Heiner Cueni (FDP): Ich möchte etwas beim Stadtrat anregen im Nachgang an das Kronenplatz-Postulat der SP. Mein erster, spontaner Gedanke bei der Durchsicht dieses Postulats war, dass die SP eifersüchtig war auf den Baum, den Die Mitte gepflanzt hat. Wenn jede Partei einen Platz adoptieren würde, wären wir einen guten Schritt weiter. Es gibt in Lenzburg jedoch viele weitere Tiefbausünden und Hitzeplätze, welche ungünstiger sind als der Kronenplatz. Ein Steinwurf entfernt ist der Promenadenplatz, welchen man nicht richtig bepflanzen kann aufgrund der unterliegenden Tiefgarage. Weitere Beispiele sind der Gertrud-Villiger-Platz samt Erlengut, der Hypiplatz und der Platz zwischen den beiden Angelrain-Turnhallen. Ich möchte anregen, dass ein

Inventar mit allen heiklen Plätzen und eventuell mit Variantenentwürfen erstellt wird.

Danksagungen

Michael Häusermann (SVP): Zuerst möchte ich mich für die Überweisung des Postulats bedanken. Auch möchte ich festhalten, dass problemlos Veränderungen der Standorte vorgenommen werden können. Wir sind gerne zu einem Kompromiss bereit, sodass nicht alle bisherigen Standorte weitergeführt werden müssen. Zudem möchte ich mich bedanken, dass die Setzung der Zerreiche möglich war. Diese hat heute stattgefunden und es war ein sehr schöner Tag für mich. Wir konnten durch diesen Beschluss einen wunderschönen, grossen Baum setzen; sogar der grösste Baum, welcher im Kanton Aargau im Jahre 2022 gesetzt wurde. Mit dieser Zerreiche werde ich bis an mein Lebensende verbunden sein und ich bin sehr glücklich, dass dies so geschehen konnte.

Einladung zur Baumpflanzung


Daniel Mosimann (Stadtammann): Ich möchte direkt an das Thema Bäume anknüpfen. Es gab einmal eine Anfrage der Grünliberalen Partei betreffend Klimaoasen. Dieses Projekt wurde vom Naturama lanciert und der Stadtrat teilte mit, dass er sich bemühen werde, daran mitzuarbeiten. Es geht um die Entsiegelungen von Plätzen und das Pflanzen von Bäumen. Das Projekt wurde im Bereich Wilstrasse / Wilmatten realisiert. Die Einmündung wurde stark verringert und entsiegelt. Am 19. Dezember 2022 um 14.00 Uhr werden wir gemeinsam mit der Stadt Zofingen zwei Bäume pflanzen. Der Einwohnerrat ist zu diesem Anlass herzlich eingeladen, wir bitten jedoch um eine kurze Voranmeldung bei Christian Brenner.

50 Jahre Einwohnerrat; Überreichung Jubiläumsgeschenk

Daniel Mosimann (Stadtammann): Im Sommer durften wir auf dem Schloss das 50-jährige Jubiläum des Einwohnerrats feiern. Der Abend war sehr gelungen und ich bedanke mich, dass der Stadtrat zu diesem Anlass ebenfalls eingeladen war. Wir möchten seitens des Stadtrats dem Einwohnerrat ein Geschenk überreichen, welches an dieses Jubiläum und an den Anlass erinnert. Es ist verpackt in dieser schönen Schachtel, in welcher sich anschliessend ein Etui befindet. Wenn dieses Etui geöffnet wird, erscheint ein hübscher und dezenter Pin mit dem Wappen der Stadt Lenzburg. Wir danken allen herzlich für die gute Zusammenarbeit während dieses Jahrs und wünschen eine schöne, besinnliche Advents- und Weihnachtszeit und einen guten Start ins neue Jahr.

Die Sitzung ist geschlossen.

NAMENS DES EINWOHNERRATS
Der Präsident:



Die Protokollführerin:

